

37
79

Union in Deutschland

Bonn, den 2. November 1979

Die NATO muß stark bleiben

Die sicherheitspolitische Lage und die Stellungnahme des sowjetischen Verteidigungsministers standen im Mittelpunkt der Beratungen des Parteipräsidiums am vergangenen Montag im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

In Übereinstimmung mit unseren Partnern im westlichen Verteidigungsbündnis sieht die CDU in der heutigen Sicherheitslage in Europa ein deutliches Übergewicht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Am 6. Mai 1978 haben Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt in Bonn eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der beide Seiten es als wichtig bezeichneten, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Es entspricht dieser Vereinbarung, wenn die Mitgliedsstaaten der NATO im Dezember beschließen werden, ihre Rüstung so zu modernisieren, daß Mitte der achtziger Jahre das Gleichgewicht in Europa wiederhergestellt wird.

Die Sowjetunion hat ihre militärische Überlegenheit bislang energisch bestritten, obwohl sie gerade im Bereich der Mittelstreckenraketen und der Panzerwaffe offensichtlich ist. Moskau hat deshalb ebenso entschieden alle Versuche der NATO bekämpft, ihr Rüstungspotential in Europa zu modernisieren.

(Weiter auf Seite 2)

AUFTAKT '80

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stellt in diesem UID (rosa Teil) die Werbematerialien vor, mit denen der Bundestagswahlkampf 1980 eingeleitet wird.

BEVÖLKERUNG

Geburtenrückgang — Folge einer verfehlten Familienpolitik von SPD und FDP

Seite 6

KOALITION

Energiedebatte noch vor dem SPD-Parteitag

Seite 9

LEBENSLANGE FREIHEITSSTRAFE

Regierungsentwurf stellt die Interessen des Täters über die Sicherheit der Bürger

Seite 11

SPORTKONGRESS

Der Sport ist heute ohne Geld nicht mehr denkbar

Seite 13

WOHNUNGSBAU

Union will Sozialwohnungen nur für wirklich Bedürftige

Seite 15

DOKUMENTATION

Mehr Soll als Haben

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Der sowjetische Vorschlag zielt auf die Schwierigkeiten innerhalb der NATO, die die Bundesregierung durch ihr ständiges Gerede selbst vergrößert, wenn sie ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse unserer Bündnispartner laut über die Voraussetzungen für die NATO-Entscheidung nachdenkt.

Die Vorschläge Breschnews und seines Verteidigungsministers sind der wiederholte Versuch, die Schwächen des Westens zu nutzen, um die Interessen der Sowjetunion durchzusetzen.

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, gegenüber diesen Versuchen die deutschen Interessen mit aller Kraft zu verdeutlichen. Die Bundesrepublik Deutschland braucht Sicherheit, um Freiheit und Frieden zu stärken. Wir messen die Sowjetunion nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten. Gelegenheiten dazu bieten sich bei den bevorstehenden Verhandlungen:

Die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa (MBFR), die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid im Sommer nächsten Jahres und die konkreten Vorschläge Moskaus für die SALT-III-Gespräche mit den USA werden uns zeigen, wie ernsthaft die sowjetische Bereitschaft zur Rüstungskontrolle und Abrüstung wirklich gemeint ist.

Solange die sowjetische Führung zu keinen tiefgreifenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen bereit ist, kann die NATO auf die Modernisierung und Stationierung ihres Rüstungspotentials in Europa nicht verzichten.

Bundesregierung hat Hua-Besuch heruntergespielt

Die CDU begrüßt den zu Ende gegangenen Staatsbesuch des chinesischen Parteiführers und Regierungschefs Hua Guofeng in der Bundesrepublik Deutschland und ist über den erfolgreichen Verlauf befriedigt.

Die Bundesrepublik pflegt gute und freundschaftliche Beziehungen zu vielen Volkern und Staaten. Die CDU ist daran interessiert, daß solche Beziehungen auch zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland bestehen und ausgebaut werden. Im besonderen begrüßt die CDU die positive Haltung der chinesischen Regierung zur Frage der Einheit Deutschlands und Einigung Europas.

Die Bundesregierung hat die Bedeutung des Besuches zunächst aus falsch verstandener Rücksicht heruntergespielt. Gemeinsame Interessen blieben im Hintergrund. Mehr Selbstvertrauen der Bundesregierung wäre dem Anlaß angemessener gewesen.

Prager Urteile verstoßen gegen Menschenrechte

Die Verurteilung der sechs tschechoslowakischen Bürgerrechtler wegen angeblicher „Subversion gegen die Republik“ hat einmal mehr den menschenfeindlichen Charakter des kommunistischen Regimes in der CSSR enthüllt.

Die Prager Urteile

- verstoßen eklatant gegen die Menschenrechte,
- widersprechen den Grundsätzen der KSZE-Schlußakte von Helsinki,
- sind unvereinbar mit einer Politik der Entspannung.

Wenn Menschenrechte und Freiheit mehr bedeuten als bloße Lippenbekenntnisse, muß sich energisch für die sofortige Freilassung der tschechoslowakischen Bürgerrechtler einsetzen. Die CDU fordert von den verantwortlichen Politikern in der CSSR diese politischen Verurteilungen aufzuheben und den Gefangenen die Freiheit zurückzugeben.

■ INFORMATION

Für einen sparsamen Wahlkampf

Die CDU/CSU ist bereit, einem Wahlkampfabkommen beizutreten, wenn die Bundesregierung auf „Propagandaarbeit“ von Seiten des Bundespresseamtes verzichtet, erklärte Heiner Geißler nach der Sitzung des Wahlkampfaußschusses. „Wir sind für einen fairen und sparsamen Wahlkampf. Wir sind vor allem gegen eine Materialschlacht.“

Zu den Vorstellungen über Schwerpunkte in den Sachauseinandersetzungen im Wahlkampf erklärte CSU-Generalsekretär Stoiber: „Grundsätzlich werden wir die Fragen der Zukunft in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stellen!“

Leidtragende sind Kinder und Eltern

Die Hamburger Entscheidung für die Gesamtschule ist ein Bruch von bildungspolitischen Vereinbarungen, erklärte Helmut Kohl zur Diskussion über die Gesamtschule. Wenn jetzt jedes Land im Bereich der Schulpolitik seine eigenen Wege geht, schwindet jede

Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit aus unserem Schulsystem. Die Leidtragenden werden die Kinder und die Eltern sein.

Schulpolitische Rechthaberei, der die Geduld fehlt, Ergebnisse von Schulversuchen abzuwarten und Intoleranz, die nicht zulassen kann, daß Eltern zwischen unterschiedlichen Angeboten wählen können, sind Kennzeichen sozialdemokratischer Schulpolitik.

Die Verteidigung dieser Politik durch Repräsentanten des DGB ist unverständlich. Es waren schließlich nicht zuletzt Arbeitnehmer von Nordrhein-Westfalen, die in einer Volksbefragung dieser Schulpolitik eine Abfuhr erteilt haben.

Gespräch mit dem Deutschen Sportbund

Zu einem Spitzengespräch trafen sich am Montag, 29. Oktober 1979, das Präsidium der CDU und das Präsidium des Deutschen Sportbundes im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Den Meinungsaustausch leiteten der Vorsitzende Helmut Kohl und der Präsident des Deutschen Sportbundes Willi Weyer. Es bestand Übereinstimmung darin, daß eine steuerfreie Aufwandsentschädigung für nebenamtliche Übungsleiter in Vereinen so schnell wie möglich verwirklicht

werden muß. Dabei wird eine Regelung von 2 400 Mark jährlich als Minimallösung für notwendig angesehen.

Die Gesprächspartner waren sich überdies einig, daß die Erstattung von Ausbildungskosten in angemessener Höhe nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen darf. Hierzu bedarf es keiner neuen gesetzlichen Regelung, sondern nur einer strikten Anwendung des § 58.2 der Abgabeordnung.

Die CDU stimmt mit dem Deutschen Sportbund überein, daß Art und Umfang der Förderung von bundeszentralen Modellmaßnahmen bisher nicht befriedigend gelöst sind. Sie begrüßt die Bemühungen des DSB um den weiteren Ausbau der „Trimmaktion“ und der allgemeinen Entwicklung des Freizeitsports durch zentrale Projekte. Beide Gesprächspartner sind sich einig, daß der Bund solche Maßnahmen im Rahmen der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern fördern kann.

CDU hat sich behauptet

Leichte Gewinne der SPD, geringe Verluste von CDU, FDP und den freien Wählervereinigungen sowie beachtliche Teilerfolge der „Grünen“: Dieses Ergebnis zeichnete sich zwei Tage nach der baden-württembergischen Kreistagswahl immer deutlicher ab.

Nach inoffiziellen Berechnungen des Landkreistages der insgesamt 35 Landkreise konnte die SPD ihren Stimmenanteil um 1,8 Prozent auf 29,4 Prozent erhöhen. Die CDU büßte in diesen Gebieten ein Prozent ein und erreichte 48,4 Prozent der Wählerstimmen. Die Wahlbeteiligung lag unter 52 Prozent. Ebenfalls rund ein Prozent mußten die bei süddeutschen Kreistagswahlen traditionellen Freien Wählervereinigungen abgeben und erreichten nach den Be-

rechnungen nur noch 12,4 Prozent der Stimmen. Die FDP mußte bei ihrem Ergebnis von 4,8 Prozent die geringsten Verluste hinnehmen (0,5 Prozent).

Erhebliche Teilgewinne erzielten die erstmals bei Kreistagswahlen antretenden „Grünen“, die sich in vier Landkreisen bewarben. Im Kreis Lörrach erreichten sie einen Stimmanteil von 10,8 Prozent und damit sechs der 55 Sitze im Kreistag, in Tübingen errangen sie 11,4 Prozent der Stimmen (5 Mandate).

Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, äußerte sich zufrieden über die bisher vorliegenden Ergebnisse. Es sei „sehr erfreulich“, daß die CDU ihren „eindeutigen Vorsprung“ vor den anderen Parteien „stabilisiert“ habe. Damit sei aufs neue bewiesen worden, daß die Bevölkerung die CDU als „stärkste politische Kraft“ im Lande anerkenne.

Betriebsratsvorsitzende der Kerntechnik äußerten ihre Sorgen

Betriebsratsvorsitzende aus 16 Unternehmen der kerntechnischen Industrie sind am 23. Oktober 1979 mit Helmut Kohl zu einem mehrstündigen Gespräch in Bonn zusammengetroffen. Die Betriebsratsvorsitzenden äußerten sich vor allem darüber besorgt, daß Entscheidungen über wichtige zukunftsorientierte Fragen der Kernenergie vor Wahltermin zu Wahltermin verschoben würden. und daß kein Fortgang zu spüren sei. Entlassungen und die sich verstärkende Abwanderungswelle guter Techniker und Facharbeiter aus diesem Industriebereich würden als zutiefst beunruhigend angesehen.

Wie Helmut Kohl betonte, teilt die CDU/CSU diese Sorge. In der Bevölkerung setzt sich aber nach seiner Auffas-

Neue Dimension

Mit ihrer Erklärung über die Bedeutung der Grundwerte für das menschliche Zusammenleben haben die katholische und evangelische Kirche in Deutschland die Debatte über die Grundwerte aus christlicher Sicht wesentlich bereichert, stellte Helmut Kohl zur gemeinsamen Erklärung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zum Thema „Grundwerte und Gottes Gebot“ fest.

Die politische Diskussion über die Grundwerte erhält damit eine neue Dimension. Die CDU begrüßt diesen Beitrag der Kirchen dankbar. Er macht deutlich, daß die unverzichtbare Würde des Menschen die Bindung an fundamentale Werte verlangt.

Die politische Diskussion über die Grundwerte wird zukünftig unter neuen Voraussetzungen geführt werden können, nachdem sich die beiden großen Kirchen in Deutschland erstmalig auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt haben, die in der Substanz die Gemeinsamkeit der christlichen Verantwortung auch für das öffentliche Leben unter Beweis stellt. Damit bieten die katholische und evangelische Kirche eine Leitlinie zur Wertorientierung an, die dem wachsenden Bedürfnis nach Sinnorientierung gerade bei der jungen Generation entgegenkommt.

Die CDU hat besonderen Grund, diese gemeinsame Erklärung der Kirchen mit Freude aufzunehmen. Denn sie versteht sich als eine politische Partei, die als Union den konfessionellen Gegensatz überwunden hat, um eine Politik aus der christlichen Verantwortung zu verwirklichen. Die CDU hat als erste Partei eine intensive Grundwertediskussion geführt und ein Grundsatzprogramm beschlossen, das die Bindung jeden politischen Handelns an Grundwerte verlangt.

sung zunehmend die Erkenntnis durch, daß ein Ja zu Sicherung unserer Energiebasis und zur Sicherung der Arbeitsplätze auch ein Ja zur Nutzung der Kernenergie bedeuten müsse. Nach wie vor gelte der Grundsatz, daß die Sicherheit der Bürger bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie Vorrang vor allen anderen Überlegungen habe. Es sei daher falsch, aus dem Ja zur Kernenergie ein Nein zur Umwelt ableiten zu wollen.

Hübner: FU marxistisch

Der vor einer Woche aus DDR-Haft entlassene und in den Westen ausgereiste Ostberliner Wehrdienstverweigerer Niko Hübner bedauerte in Berlin, nicht an der Freien Universität der Stadt Philo-

sophie studieren zu können, da dieser Fachbereich seiner Meinung nach marxistisch „unterwandert“ sei.

Strauß und Blüm einig

Zwischen Franz Josef Strauß und den CDU-Sozialausschüssen gibt es nach den Worten des CSU-Vorsitzenden keine wesentlichen Probleme mehr. Nach einem Gespräch in der bayerischen Landesvertretung in Bonn betonten Strauß und der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm, einmütig, daß in den wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt worden sei. Strauß sagte, daß die Ansichten zum Teil identisch seien oder nicht weit auseinanderlägen.

■ BEVÖLKERUNG

Geburtenrückgang — Folge einer verfehlten Familienpolitik

Die vom Bundeskabinett während seiner letzten Sitzung verabschiedete Antwort auf die Große Anfrage der Opposition zur Bevölkerungsentwicklung ist bei der CDU/CSU auf Kritik gestoßen. Generalsekretär Heiner Geißler warf der Bundesregierung erneut schwere Versäumnisse in der Familienpolitik vor, die einen Skandal darstellten.

In der Antwort vertritt die Regierung die Ansicht, die Folgen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik seien kein Anlaß zu einer dramatischen Einschätzung. Zugleich betonte sie, es sei nicht Aufgabe der Familienpolitik, gezielt auf eine Steigerung der Geburtenrate Einfluß zu nehmen. Die Eltern hätten die Freiheit zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben wollten.

Der CDU-Abgeordnete Gerd Langguth bezeichnete die Antwort der Regierung als schnodderig, unzulänglich, oberflächlich und verharmlosend. Daß sie vor der Übergabe an das Parlament der Presse zugespielt worden sei, stelle eine Mißachtung der Rechte des Bundestages dar. Die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Helga Wex, bezeichnete es als grobe Fehleinschätzung, wenn die Regierung einen Zusammenhang zwischen Geburtenentwicklung und Familien-, Bildungs- sowie Gesellschaftspolitik bestreite.

Der Geburtenrückgang ist nicht in erster Linie die Folge aus dem Wunsch

nach weniger Kindern, sondern er ist Ergebnis der ideellen und materiellen Benachteiligung der Familien mit Kindern, stellte Heiner Geißler fest. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich Eltern heute für ein Kind entscheiden können, haben sich erheblich verschlechtert.

Ziel der Politik ist es nicht, eine bestimmte Bevölkerungszahl konstant zu halten. Aber die Geschwindigkeit des andauernden Bevölkerungsrückgangs wirft erhebliche Probleme auf. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2030 voraussichtlich zwei Beitragszahler mehr als einen Rentner tragen müssen. Wenn die Renten nicht gekürzt werden sollen, drohen enorme Beitragsatzanhebungen in der Rentenversicherung von gegenwärtig 18 Prozent auf 29 Prozent im Jahr 2030, im ungünstigsten Fall bis auf 39 Prozent.

Daß die Bundesregierung vorliegende bessere Erkenntnisse nicht zur Kenntnis nimmt, beweist der Bericht des Bundesinnenministeriums vom Oktober 1978, der feststellt, daß Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung nur mit langfristig zu planenden und durchzuführenden Maßnahmen begegnet werden kann und deshalb schon jetzt richtungweisende Entscheidungen notwendig seien.

Mit der künstlichen Alternative Bevölkerungspolitik oder Familienpolitik will die Bundesregierung ihre gescheiterte Verharmlosungsstrategie ersetzen, mit der sie versuchte, den Bürgern weiszumachen, daß die Verminderung der Bevölkerung Vorteile für die Zukunft bedeutet. Für die Union steht dagegen die Familienpolitik im kommenden Jahrzehnt an erster Stelle aller gesellschaftspolitischen Aufgaben.

■ RAUSCHGIFT

Vorstoß der Union: Strafen für Händler drastisch erhöhen

Rauschgiftmarkt und Rauschgiftsituation in der Bundesrepublik Deutschland haben eine erschreckende Entwicklung genommen: Es gibt mehr Heroin zu niedrigeren Preisen als je zuvor; nur etwa ein Prozent des Imports fällt der Polizei in die Hände. 1979 sind schon weit über 400 meist junge Menschen an Heroin gestorben. Rund 60 000 sind abhängig; über 10 000 kommen im Jahr dazu. Ihre Rehabilitationschancen liegen unter fünf Prozent.

Die Bundesregierung hat gegenüber dieser furchtbaren Entwicklung auf Schlimmste versagt. Zwar kann keine Regierung ein solches Problem einfach lösen. Aber diese Bundesregierung hat nicht einmal einen Ansatz zur Besserung entwickelt. Der beste Zeuge dafür ist der Bundesfinanzminister, der in der vergangenen Woche vom Bundeskanzler öffentlich verlangt hat, endlich ein Konzept zur Rauschgiftbekämpfung zu entwickeln.

Die Union hat mehrfach durch Anfragen an die Bundesregierung, zuletzt durch ihre Große Anfrage vom September 1977 und einen anschließenden Entschließungsantrag sowie Erörterungen in den zuständigen Ausschüssen, das Problem angestoßen. Wir haben vor zwei Monaten beantragt, daß der Bundesinnenminister Bericht erstattet. Das Ergebnis in der vorigen Woche war

allerdings nur eine Sammlung von alten Hüten und Wechsellern auf die Zukunft, die nicht einmal im Kabinett abgestimmt waren.

Von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden jetzt zwei Initiativen vorgestellt:

① Wir bringen im November im Bundestag einen Antrag ein, der die Bundesregierung zu einer Serie gezielter Maßnahmen zur Eindämmung des Rauschgiftmarktes und zur Bekämpfung der Sucht auffordert.

② Wir bringen außerdem einen Gesetzentwurf ein, der im Straf- und Strafverfahrensrecht einerseits Strafdrohungen verschärft, andererseits das Absehen von Strafe erleichtert, wo das der Aufdeckung von Rauschgiftdelikten dienen kann.

Unser Antrag zielt auf

— Maßnahmen zur Verringerung des Angebots an Rauschgift,

— spürbare, rasche Verstärkung der Gruppe Rauschgift im BKA, zunächst durch Abordnung, dann durch Stellenvermehrungen,

— erheblich erweiterte Entsendung von Verbindungsbeamten in Erzeugerländer in möglichst enger Abstimmung mit den USA,

— intensive Beteiligung an multi-/bilateralen Maßnahmen zur Strukturverbesserung in dazu geeigneten Erzeugerländern (wie der uns befreundeten Türkei),

— Ausschöpfung der rechtlichen Mög-

lichkeiten gegenüber Ausländern, die in Rauschgiftkriminalität verwickelt sind,
— Verpflichtung der Deutschen Bundesbahn zum kostenlosen Transport von Fahndungspersonal auf bestimmten Strecken,

— Absprachen über die bessere Abschottung von U-Haft und Strafvollzugsanstalten gegen das Einschmuggeln von Rauschgift.

Der Antrag zielt auch auf Maßnahmen zur Suchtverhütung, insbesondere durch Aufklärung hin.

Zum Beispiel durch

— rasche und intensive Erforschung der Ursachen, die zur Rauschgiftsucht vor allem bei jungen Menschen führen oder dafür anfällig machen,

— Entwicklung und Verbreitung von Aufklärungsmaterial, das vor allem jeder Art von Verharmlosung der Suchtgefahren entgegenwirkt (z. B. der von den Jungdemokraten geförderten Kampagne zur Freigabe von Haschisch).

Besonders wichtig ist Material zur Aufklärung für Ärzte, Lehrer, Erzieher, Ausbilder und Betreuer.

— Verstärkung der dem BKA zur Verfügung stehenden Mittel für Aufklärungsaktionen zur Vorbeugung,

— gemeinsame Aufklärungsaktionen mit den Ländern mit dem Ziel, eine größere Anzeigebereitschaft und damit eine leichtere Durchdringung der Verteilerorganisationen zu bewirken,

— Ausrichtung der Familien- und Jugendpolitik dahin, daß Chancen zur Wiederentwicklung familiärer Bindungen gegeben und alle entgegengerichteten Maßnahmen unterlassen werden, weil intakte familiäre Bindungen den bestmöglichen Schutz gegen Suchtgefahren überhaupt darstellen. Jugendpo-

litik muß die Familienpolitik unterstützen, darf nicht von ihr losgelöst sein,
— Maßnahmen zur Heilung Suchtkranker oder Gefährdeter und zur Nachsorge für sie,

— Absprachen mit den Ländern über eine Ausschöpfung und notfalls auch Erweiterung des Unterbringungsrechts zum Zweck der Therapie,

— Absprachen mit den Ländern über die Errichtung besonderer Strafvollzugsanstalten, die Suchtkranke behandeln und die illegale Einbringung von Rauschgift verhindern können,

— Absprachen mit den Ländern über eine Fortschreibung des gemeinsamen Aktionsprogramms zur Sicherstellung eines bundesweiten Hilfsangebots vor allem durch Ausbau ambulanter Beratungs- und Behandlungsstellen bewährter freier Träger; Überprüfung von Modellmaßnahmen, vermehrte Förderung erfolgreicher Modelle.

Unser Gesetzentwurf sieht vor:

Der Anbau von Betäubungsmitteln und das Verleiten zum Genuß wird unter Strafe gestellt;

die Strafandrohung für die gewöhnlichen Rauschgiftdelikte wird bei Vorsatz von 3 auf 5, bei Fahrlässigkeit von 1 auf 3 Jahre angehoben;

besonders schwere Rauschgiftdelikte werden als Verbrechen mit Freiheitsstrafe bis zu 15 Jahren bedroht;

wenn ein Täter zur Aufdeckung oder Verhinderung von Rauschgiftdelikten beigetragen hat, kann seine Strafe gemildert oder auf Bestrafung verzichtet werden;

wer wegen eines Rauschgiftdelikts verurteilt wird, kann unter Führungsaufsicht gestellt werden.

Dieser Gesetzentwurf könnte noch in diesem Jahr verabschiedet werden, wenn die Koalition dazu bereit ist.

■ KOALITION

Energiedebatte noch vor dem SPD-Parteitag

Der Deutsche Bundestag wird noch vor dem SPD-Parteitag Anfang Dezember in Berlin eine Debatte über den Ausbau der Kernenergie führen. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß die CDU/CSU-Fraktion jetzt eine Große Anfrage zur Kernenergie an die Bundesregierung gerichtet hat.

MdB Heinz Riesenhuber, der vor Journalisten in Bonn die Anfrage erläuterte, vertrat die Auffassung, es sei staatspolitisch problematisch, wenn der Bundeskanzler die zahlreichen Beschlüsse von SPD-Bezirksparteitagen gegen sein kernenergiepolitisches Konzept nicht entschieden zurückweise. Diese Zurückweisung Helmut Schmidts stehe noch aus.

In der Begründung zu ihrer Großen Anfrage verweist die CDU/CSU-Fraktion auf die zahlreichen Bekenntnisse der Bundesregierung zum Ausbau der Kernenergie und die inzwischen einmütig zwischen allen Fraktionen anerkannten Voraussetzungen. Demgegenüber stagniere der Bau von Kernkraftwerken, und die tatsächlichen Verhältnisse entsprächen den Parteitagbeschlüssen der SPD bis in die jüngste Zeit. So hätten die SPD-Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern sowie der Bezirk Hannover gegen den Ausbau der Kernenergie votiert. Auch nach dem einvernehmlichen Beschluß des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten

ten der Länder über das Entsorgungskonzept lehnten SPD-Parteitage mit Mehrheit die nach Ansicht der Bundesregierung erforderliche friedliche Nutzung der Kernenergie ab. Dazu gehören die Landesverbände Schleswig-Holstein, Saar, Hamburg und der Bezirk Hessen Süd. Der ständige Widerspruch zwischen der erklärten Politik der Bundesregierung und den Parteitagsbeschlüssen der SPD habe, so heißt es in der Begründung weiter, zu einer Verunsicherung geführt, die den Ausbau der Kernenergie zum Erliegen zu bringen drohe. Seit vier Jahren seien neue Kernkraftwerke nicht mehr bestellt worden.

Entwicklungshilfeskandal

Der entwicklungspolitische Sprecher der Union, Jürgen G. Todenhöfer, hält die neuen Entwicklungshilfesusagen der Bundesregierung in Höhe von 28 Millionen Mark „an das kommunistische, prosowjetische und barbarische Regime in Afghanistan“ für einen außenpolitischen, entwicklungspolitischen und moralischen Skandal. Die Bundesregierung verstoße wieder einmal gegen ihren eigenen Grundsatz, daß dort, wo geschossen wird, keine Entwicklungshilfe geleistet werden solle.

Täuschungsmanöver des Bundespostministers

Zu den bekanntgewordenen Einzelheiten der für 1980 vorgesehenen Senkung von Fernmeldegebühren erklärte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Werner Dollinger, die CDU/CSU habe schon vor einem Jahr die Senkung der überhöhten Fernmeldegebühren gefordert. Aber jetzt wer-

den Bürger und Politiker vom Bundespostminister an der Nase herumgeführt: Nach dem Motto „Mit der einen Hand geben, mit der anderen Hand nehmen“, erhöht er gleichzeitig die Gebühren beim sogenannten Mondscheintarif um sage und schreibe 75 % bei Entfernungen ab 50 km! Weiterhin ist es unverstänlich, warum Telefonkunden, die in Ortsbereichen ohne Nahdienst wohnen, für eine Gesprächseinheit in der Zone 25—50 km künftig nur 30 Sekunden telefonieren dürfen, während es bei denen mit Nahbereichen 45 Sekunden sind.

SPD kommt ohne Bürokratie nicht zurecht

Zu dem „Bürokratiekongreß“ der SPD am 25./26. Oktober 1979 erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard, MdB, mit dieser Veranstaltung wolle die SPD neben der Verschleierung ihrer Konzeptionslosigkeit von ihrem Fehlverhalten in der Vergangenheit ablenken.

Die SPD war es, die nach immer mehr Staat gerufen hat; die immer dann, wenn sie an der Macht war, die Bürokratien in einem unerträglichen Maße aufgebläht und eine einseitige, teilweise unerträglich personalpolitisch orientierte Personalpolitik betrieben hat; die diejenigen, die eine Reprivatisierung staatlicher Bereiche gefordert haben, verhöhnt hat; die seit Jahren eine beamtenfeindliche Politik betrieben und keine Gelegenheit ausgelassen hat, die Alleinschuld an dem wachsenden Bürokratismus den Angehörigen des öffentlichen Dienstes in die Schuhe zu schieben.

Die bis jetzt bekanntgewordenen SPD-Vorschläge geben keinen Anlaß zum

Optimismus. Die Forderungen von Koschnick, staatliche Dienstleistungen auf kommunale Einrichtungen herunterzulagern, sind Augenwischerei. Dem Bürger ist es gleichgültig, ob er von einer Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörde verwaltet wird. Koschnick ist nach wie vor nicht bereit, den Bürokratismus abzubauen und verstärkt öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Bundesjugendkuratorium rosarot gestrickt

Zur Konstituierung des aus 20 Mitgliedern bestehenden Bundesjugendkuratoriums (BFK) am 25. September 1979 im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit stellte der jugendpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter, MdB, fest, die Bundesregierung habe unter anderem Heinz Hawreliuk in das Kuratorium berufen, dem gerade zuvor der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB von seinen Funktionen als Jugendsekretär mit der Begründung entbunden hätte, er habe sich glasklar als „U-Boot der Stomokaps entpuppt“.

Jusos gegen Steuersenkungen

Die Jungsozialisten in der SPD haben sich gegen eine Politik ständiger allgemeiner Steuersenkungen ausgesprochen. Der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Wolfgang Krummbein stellte zugleich die erste Nummer einer neuen Zeitschrift für sozialistische Theorie der Jungsozialisten vor, die künftig vierteljährlich erscheinen soll. Herausgeber des Blattes mit dem Titel „sozialistische Tribüne“ ist der Juso-Bundesvorstand.

■ LEBENSLANGE FREIHEITSSTRAFE

Regierung stellt Interesse des Täters über Sicherheit der Bürger

Der Bundestag hat sich am vergangenen Freitag, dem 19. Oktober 1979, in 1. Lesung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Aussetzung der lebenslangen Freiheitsstrafe (BT Drs. 8/3218 v. 28. 9. 1979) befaßt. Anlaß für diesen Gesetzentwurf war ein Urteil des BVerfG vom 21. 6. 1977. Die CDU/CSU hat diesen Entwurf kritisiert, da er aus verschiedenen Gründen unzulänglich ist und einseitig die Interessen des Täters über die Sicherheit der Allgemeinheit stellt.

Die CDU/CSU bejaht grundsätzlich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung, ab wann ein Gericht unter bestimmten Voraussetzungen den Rest einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung aussetzen kann. Diese Notwendigkeit ergibt sich für die Union aus ihrem Bekenntnis zur Würde des Menschen, das in den Grundsatzprogrammen von CDU und CSU niedergelegt ist. Diesem Leitbild muß auch der Strafvollzug entsprechen.

Danach gehört zu den Voraussetzungen eines menschenwürdigen Strafvollzugs, daß ein Mörder, der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt ist, grundsätzlich die Chance hat, irgendwann in seinem Leben seine Freiheit wiederzuerlangen. Die Möglichkeit einer Begnadigung reicht dazu nicht aus, vielmehr müssen die Voraussetzungen einer Ent-

lassung rechtlich nachprüfbar und auch für den Betroffenen vorhersehbar sein. Jeder Täter muß wissen, was ihn erwartet, wenn er einen Mord begeht, das heißt aber auch, was ihn mindestens erwartet. Liegt diese Grenze zu niedrig, so verliert die lebenslange Freiheitsstrafe ihre Abschreckungswirkung, und der Abstand zu den Strafen bei anderen Delikten wird der Bedeutung des Mordes als besonders verwerfliches Verbrechen gegen das höchste Rechtsgut des Menschen, das Leben, nicht mehr gerecht.

Hier nun liegt ein schwerwiegender Mangel des Regierungsentwurfs, der zugleich einen offenkundigen Widerspruch in der SPD-Rechtspolitik aufzeigt. Einerseits spricht man bei der SPD von Liberalisierung und Humanisierung, andererseits hat diese Partei unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden, ihres Parteivorsitzenden und des Bundeskanzlers eine Unverjährbarkeit von Mord, also des gleichen Delikts, mit dem Hinweis auf die besondere Schwere des Unrechts bei dieser Tat durchgesetzt.

Wenn nach dem vorliegenden Entwurf eine Entlassung bei der lebenslangen Freiheitsstrafe schon nach 15 Jahren möglich sein soll, so wird daran aber auch noch eine andere Krankheit deutlich, die sich in letzter Zeit in gewissen Kreisen breitgemacht hat. Es ist zwar unbedingt notwendig, daß einem Täter

nach Verbüßung seiner Strafe die Rückkehr ins tägliche Leben in der Familie oder am Arbeitsplatz erleichtert wird. Niemand kann damit gedient sein, wenn der Verurteilte sofort nach seiner Entlassung wieder neue Straftaten begeht. Doch wurden diese Gedanken inzwischen so weit getrieben, daß heute viele an der Tat Unbeteiligte mehr Mitleid mit dem Täter als mit dem Opfer empfinden.

Jeder Mörder ist ein Mensch, aber jedes Opfer ist auch ein Mensch, und jedes mögliche weitere Opfer ist ebenfalls ein Mensch, den es zu schützen gilt, solange dies noch möglich ist. Daher dürfen die Voraussetzungen für eine Entlassung nicht zu gering angesetzt werden. Der Schutz der Allgemeinheit geht in jedem Fall vor.

Ihm wird der Regierungsentwurf jedoch nicht ausreichend gerecht. Es besteht die Gefahr, daß die Entlassung nach 15 Jahren zur Regel wird. Dies würde gleichzeitig aber auch die Strafe für andere Taten nach unten drücken und insgesamt zu einer Aufweichung des Strafrechts führen. Angesichts der derzeitigen Entwicklung der allgemeinen Kriminalität ist eine solche Folge sehr bedenklich. Die Aussicht, unter Umständen schon nach 15 Jahren wieder herauszukommen, hält kaum jemand, der einen Mord plant, von dieser Tat ab. Auch die bisherige Gnadenpraxis ließ im Durchschnitt erst einige Jahre später eine Entlassung zu. 15 Jahre als Mindestzeit sind daher in jedem Fall für Mord zu kurz.

Ein zweiter schwerwiegender Fehler des Entwurfs liegt darin, daß nach der Vorstellung der Bundesregierung erst nach der Entlassung eines Mörders erprobt werden soll, ob er in Zukunft keine weiteren Straftaten mehr begehen

wird. Damit werden unsere Bürger zum Versuchsobjekt und können von Glück sagen, wenn die entlassenen Täter sich gebessert haben und keine weiteren Straftaten mehr begehen. Ein Staat, der um die Sicherheit seiner Bürger bedacht ist, kann diese aber nicht dem Zufall überlassen und den Bürgern zumuten, einen weiteren Mord gewissermaßen als Betriebsrisiko in Kauf zu nehmen, wenn es mit der „Erprobung“ schiefgeht. Bei dieser Vorstellung wird dem Gedanken der Resozialisierung eindeutig der Vorrang gegenüber der Sicherheit der Allgemeinheit eingeräumt.

Das geht aber zweifellos zu weit. Eine Aussetzung des Strafrestes bei der lebenslangen Freiheitsstrafe kann daher, so fordert es die Union, im Interesse der Bürger nur dann in Frage kommen, wenn ein besonders hohes Maß an Sicherheit für ein künftiges straffreies Leben des Täters gegeben ist.

Privatschulen mehr gefragt

Trotz insgesamt sinkender Schülerzahlen verzeichnen die privaten Schulen in Nordrhein-Westfalen eine weiter steigende Tendenz. Während Ende 1978 insgesamt 160 500 Kinder die 366 Schulen in privater Trägerschaft besuchten, sind es heute 164 000. Für 1980 rechnet das Kultusministerium mit einer Zahl von etwa 166 000 Schülern, wie aus dem jetzt vorgelegten Landeshaushalt für 1980 hervorgeht. An der Spitze stehen die 105 Gymnasien mit derzeit 82 200 Schülern. 42 600 Kinder besuchen die 116 berufsbildenden Schulen. Daneben existieren noch 80 Sonderschulen (9 400 Kinder), 47 Realschulen (22 400 Kinder), neun Grund- und Hauptschulen (2 500), sechs Kollegs (2 012) und drei Gesamtschulen.

■ SPORTKONGRESS

Der Sport ist heute ohne Geld nicht mehr denkbar

Der Sport bedarf der privaten und öffentlichen Förderung. Die Sportler müssen sich aber davor hüten, von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen abhängig zu werden. Mit dieser Feststellung faßte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport der CDU, MdB Wolfgang Schäuble, die Ergebnisse eines Kongresses zusammen, bei dem sich am 23. und 24. Oktober 1979 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus Sachverständige aus der Wissenschaft, dem aktiven Sport und den nationalen und internationalen Fachverbänden Gedanken über die „Zukunft des Sports“ gemacht hatten.

Der Sport sei kein freier Raum, in dem die sonst in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gültigen Maßstäbe außer Kraft gesetzt würden, meinte Schäuble. Dies gelte in Ost und West gleichermaßen. Materielle Anreize und sportliche Motivation müßten und dürften sich gegenseitig nicht ausschließen. Die drohende Entartung des Berufssports zum ausschließlichen Schausport müsse aber verhindert werden.

Schäuble betonte, bei der Finanzierung des Sports seien Systeme zu bevorzugen, die keine Abhängigkeit zwischen dem Geldgeber und dem einzelnen Athleten schafften. Die Förderung über die Stiftung Deutsche Sporthilfe und die Förderung über den Sportverein seien

somit einer unmittelbaren Förderung des einzelnen Sportlers vorzuziehen.

Zu Beginn des Kongresses forderte Generalsekretär Heiner Geißler vor den rund 300 Teilnehmern, die sportliche Leistung nicht länger aus ideologischen und politischen Gründen zu diskreditieren. Leistung und Wettbewerb würden immer noch verteufelt als Methoden zur Konservierung spätkapitalistischer Gesellschaftsstrukturen. Die Kritiker des Leistungssports verkennen aber nach Ansicht von Heiner Geißler, der selber in seiner Freizeit Sport betreibt und zehn Jahre lang als Sozialminister auch für den Sport in Rheinland-Pfalz zuständig war, daß die Leistungsfähigen geradezu verpflichtet seien, etwas zu leisten, weil nur so denen geholfen werden könne, die zur Leistung nicht fähig sind, zum Beispiel den Kranken, den Alten und den Behinderten.

Die Kritik am Leistungssport sei nur dann begründet, so meinte der Generalsekretär, wenn die Leistung den Sportler zu einer aus politischen und ideologischen Gründen auferlegten Zwangsnorm werde. Es sei ein schwerer Verstoß gegen die Menschenwürde, Menschen durch Drogen, Medikamente, psychische und physische Gewalt zu Höchstleistungen hochzuzüchten und dabei die Veränderung der Persönlichkeit bis hin zur Gefährdung der geschlechtlichen Identität und der körperlichen Unversehrtheit in Kauf zu nehmen. „Wenn

wir durch den Verzicht auf diese Methoden vergleichsweise Medaillen verlieren, in den internationalen Wettkämpfen, so sind wir doch die eigentlichen Gewinner in dem viel wichtigeren Wettbewerb um Menschenwürde, Menschenrechte und Humanität", sagte er.

Auf Finanzprobleme des Vereinssports eingehend, stellte Geißler fest, die Turn- und Sportvereine brauchten für eine wirksame Betätigung die Sicherheit, kontinuierlich arbeiten zu können. Er halte es aus diesem Grunde für richtig, daß die Turn- und Sportvereine einen Rechtsanspruch auf Förderung ihrer Organisations- und Personalkosten einschließlich der Finanzierung der Übungsleiter sowohl im Breiten- wie im Leistungssport erhalten.

Es sei wenig sinnvoll, daß der Staat den Sportvereinen ihre Einnahmen erst einmal wegbesteuere, um dann dieses Geld unter Verlust der Verwaltungsausgaben mit Auflagen als Zuschüsse wieder zurückzuverteilen. Vielmehr müßten die Vereine und die ehrenamtlichen Helfer in den Sportverbänden steuerlich entlastet werden. In diesem Zusammenhang nannte Geißler auch die nach seiner Ansicht immer dringlicher gewordene Reform der Gemeinnützigkeitsbestimmung in der Abgabenordnung. So sollten auch Überschüsse aus wirtschaftlichen Nebenbetrieben dann steuerunschädlich belassen bleiben, wenn sie für die gemeinnützigen Zwecke der Vereine weiterverwendet werden.

Im Verlauf der Veranstaltungen kamen prominente Wissenschaftler zu Wort wie der Göttinger Politikwissenschaftler und Soziologe Professor Dr. Christian Graf von Krockow, der Heidelberger Politologe Professor Dr. Frank Pfetsch und der Sportwissenschaftler Professor Dr. Klaus Lehnertz aus Kassel. Spitzensportler wie die Leichtathleten

Ingrid Mickler-Becker und Franz-Peter Hofmeister; führende Sportfunktionäre wie NOK-Präsident Willi Daume, der Präsident von 1860 München und CSU-MdB Dr. Erich Riedl, der DSB-Vizepräsident Graf Landsberg-Velen, das DSB-Präsidiumsmitglied Karl Hemberger, der Generalsekretär des Deutschen Tischtennis-Bundes Jupp Schlaf und der Präsident des MSV Duisburg Paul Märzheuser. DSB-Präsident Willi Weyer war als Ehrengast zugegen.

Für die Stiftung Deutsche Sporthilfe sprach Geschäftsführer Günter Pelschenke, für den Bund der Steuerzahler das Präsidiumsmitglied Dr. Dieter Kohler, für die Sportjournalisten der geschäftsführende Gesellschafter des Sport-Informationsdienstes Alfons Gerz, für die werbungstreibende Wirtschaft Dipl.-Volkswirt Günter Mast, für die Kommunen der Trierer Oberbürgermeister Dr. Carl-Ludwig Wagner und für die Länder der Leitende Ministerialrat Karl Schmidt aus dem Innenministerium von Rheinland-Pfalz. Für die Trainer ergriff der Bundestrainer Fechten, Emil Beck, das Wort.

Sehr lebhaft diskutierten die Teilnehmer über die einzelnen Referate. CDU-Präsidiumsmitglied Heinrich Köppler begrüßte die große Bereitschaft zum sportpolitischen Dialog mit der CDU. Die CDU könne sich sportpolitisch nur dann weiterentwickeln, wenn sie eine ganz lebendige Verbindung zum Diskussions- und Problemstand im Sport habe, betonte er. Ziel des Kongresses sei es nicht gewesen, direkt oder indirekt hineinzuwirken in die eigenständigen Entscheidungen der freien und selbstständigen deutschen Sportbewegung. Köppler meinte: „Wir sind mit Ihnen verbunden in der Liebe zum Sport und in der Sorge um die Weiterentwicklung, um die Zukunft des Sports.“

■ WOHNUNGSBAU

Union will Sozialwohnungen nur für wirklich Bedürftige

Die CDU/CSU will den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft im Wohnungswesen schrittweise wieder Geltung verschaffen, betonte der wohnungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Jahn (Münster), vor Journalisten in Bonn.

Zu diesem Zweck sollten die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes wiederhergestellt und die Mieten nach Angebot und Nachfrage frei gestaltet werden. Eine solche Wohnungsversorgung über den Markt wäre sozial vertretbar, wenn gleichzeitig das staatliche Wohngeld für bedürftige Bürger neu gestaltet und wesentlich verbessert würde. Der soziale Wohnungsbau alter Art sollte auf wirkliche Problemgruppen konzentriert werden. Die Eigentumsbildung kinderreicher Familien wäre im Bereich des Wohnungsbaus verstärkt zu fördern.

Jahn bezeichnete die Wohnungsbaupolitik der SPD/FDP-Regierung in den letzten zehn Jahren als ein „öffentliches Ärgernis“, weil sie nicht die wirklich bedürftigen Wohnungssuchenden, sondern den Besitzstand der sogenannten Fehlbeleger begünstigt habe, die den Bestand an Sozialwohnungen blockierten, obwohl ihre Einkommen längst über die zulässigen Grenzen hinausgewachsen seien. Statt Neubauten mit öffentlichen Darlehen zu verbilligen, müsse das Schwergewicht staatlicher Woh-

nungspolitik künftig auf die „Subjektförderung“ verlagert werden. Es sei nämlich billiger, die Mieten bedürftiger Personen als die Neubaukosten teurer Wohnungen zu subventionieren.

Mediziner-Alarm

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommt ein kürzlich von Münchener Professoren geschlagener Alarm wegen unzureichender Ausbildung der Medizin-Studenten nicht überraschend. Berichte, wonach dort ausgebildete Ärzte „noch nie einen Patienten gründlich untersucht, als Geburtshelfer noch nie eine Geburt mit angesehen und als Röntgen-Facharzt keine Ahnung haben, wie man Untersuchungsgeräte handhabt“, sind ihr nichts Neues.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit 1973 mit zahlreichen parlamentarischen Vorstößen auf diesen Mißstand hingewiesen. Ende 1978 hat sie einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bundesärzteordnung eingebracht, wonach die Ausbildung der Ärzte praxisnäher zu gestalten sei. Das aber schließt erhebliche Änderungen im Prüfungsweisen ein, die Auswirkungen auf die Zahl der Medizinstudenten haben werden. Es können nicht mehr Studenten praktisch ausgebildet werden, als den Patienten zugemutet werden kann.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

12. 11. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
15. 11. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**
Vorstand, Bonn
16. 11. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel
16. 11. LV Braunschweig
Landesvorstand, Bad Harzburg
16. 11. LV Braunschweig
Landesausschuß, Bad Harzburg
16. 11. LV Oldenburg
Landesparteiausschuß und
Delegiertentag, Kirchhatten
- 16./17. 11. LV Rheinland
33. Landesparteitag, Düsseldorf
- 16./17. 11. LV Rheinland-Pfalz
Landesparteitag, Lahnstein
- 16./17. 11. LV Schleswig-Holstein
32. Landesparteitag, Kiel
- 16./17. 11. Exil-CDU, Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Creglingen
17. 11. LV Hessen
Sozialausschüsse, Landesausschuß
17. 11. LV Hessen, Frauenvereinigung,
Hauptausschuß, Gießen
17. 11. LV Hessen, Frauenvereinigung,
Landesdelegiertentag, Gießen
17. 11. LV Baden-Württemberg
Frauenvereinigung,
Delegiertentag
- 17./18. 11. LV Rheinland, Sozialausschüsse,
DAG-Arbeitsgemeinschaft/
Landestagung, Königswinter
19. 11. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund**
Landesschatzmeisterkonferenz,
Bonn
20. 11. **CDU — Bund**
Deutschlandpolitisches
Symposium, Bonn
22. 11. **KPV der CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand und Haupt-
ausschuß, Frankfurt
23. 11. LV Berlin
Landesvorstand mit MdB, Berlin
23. 11. LV Berlin
Landesausschuß, Berlin
23. 11. CDU NRW, Landespräsidium
gemeinsam mit den Landes-
vorständen, Düsseldorf
- 23./24. 11. **KPV der CDU/CSU — Bund**
Kommunalkongreß und Bundes-
vertreterversammlung, Frankfurt
24. 11. LV Baden-Württemberg
Landesparteiausschuß
(Strukturpolitik)
24. 11. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 24./25. 11. **JU — Bund**
Deutschlandtag, Hannover
26. 11. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID